

Transit

EUROPÄISCHE REVUE

Timothy Snyder Tony Judt. Eine Intellektuelle Reise
Tony Judt mit T. Snyder Mein Osteuropa

Zeitalter der Ungewissheit

Cornelia Klinger Trikolore – drei Farben der Gerechtigkeit
Claus Offe »Shared Social Responsibility«
Ulrich K. Preuß Solidarity and the Crisis of Capitalism
Jacques Rupnik Auf der Suche nach einem neuen Modell
Robert Kuttner Die demokratische Linke in der Krise
Katherine S. Newman Obama und die Krise: Was dürfen wir hoffen?
Frydman / Goldberg Marktmystizismus
Jan-Werner Müller Hayek – Der liberale Utopist
Mario Vargas Llosa Jede Nation ist eine Lüge
Tobias Zielony Am Ende der Welt: Trona, California
Photographien

Roman Frydman und Michael D. Goldberg
MARKTMYSTIZISMUS

Im Oktober 2008 räumte der frühere amerikanische Notenbankpräsident Alan Greenspan vor einem Kongressausschuss ein, dass er in der Wirtschaftstheorie, der er Zeit seines Lebens gefolgt war und die von der Annahme ausgeht, dass sich selbst regulierende Finanzmärkte reibungslos funktionieren, »einen Fehler gefunden« habe. Zum Erstaunen der Welt tat Greenspan seine Überraschung darüber kund, dass das Eigeninteresse der Marktteilnehmer nicht ausgereicht hatte, um die Stabilität des Finanzsystems vor jener Art verantwortungslosem Treiben zu schützen, das zur schlimmsten Krise seit dem Zweiten Weltkrieg geführt hat.

Dieser Glaube – dass Eigeninteresse die Basis der Selbstregulierung der Märkte sei – wurde in der amerikanischen Wirtschaftspolitik der letzten 30 Jahre zu einem Leitprinzip. Demokraten wie Bill Clinton vertraten ihn nicht weniger glühend als Republikaner wie Ronald Reagan und die beiden George Bushs.

30 Jahre lang haben Wirtschaftswissenschaftler der so genannten neoklassischen Schule daran gearbeitet, diese Ideologie mit mächtigen pseudowissenschaftlichen Fundamenten zu unterlegen. Ihrer Theorie zufolge vollzieht sich die Preisbildung an den Märkten auf exakte Weise, weshalb die Preise keiner starken Fluktuation unterliegen sollten. Die jüngste Finanzkrise – ausgelöst durch eine massive Korrektur der Häuserpreise in den USA – hätte danach überhaupt nicht passieren dürfen.

Aber seit sie geschehen ist, drängt sich eine Frage auf: Ist es nicht gerade unsere ideologisch bedingte Weigerung, den Hang des Kapitalismus zu Extremen in der sozialen Sphäre wie auf den Finanzmärkten zur Kenntnis zu nehmen, welche wieder und wieder zu Krisen führt?

In kapitalistischen Wirtschaften sind Individuen und Unternehmen innovativ, indem sie neue Arten der Kapitalnutzung entdecken und neue Technologien hervorbringen. Diese Innovationen sind ihrem Wesen nach unvorhersehbar, ebenso wie die Evolution ihres sozialen Kontextes. Sie lassen sich nicht in mechanische Regeln einfangen. Unvorhersehbarkeit ist in die Marktwirtschaft eingeschrieben.

Mit welchen Fehlern sie auch sonst behaftet sein mögen: Finanzmärkte und Privateigentum sind die einzigen uns bekannten sozialen Institutionen, die in der Lage sind, bei der Allokation von Kapital die Unterschiedlichkeit von Wissen und Intuition angemessen, wenn auch nicht perfekt, zu berücksichtigen. Anreize zur Innovation und zum bestmöglichen Einsatz allzeit unvollkommenen Wissens sind die wesentlichen Stützen, auf denen der Erfolg des Kapitalismus beruht. Umgekehrt war die Unfähigkeit der Planwirtschaften Osteuropas und der Sowjetunion zur Innovation eine der Hauptursachen ihres letztendlichen Zusammenbruchs – und des völligen Verschwindens der zentralistischen Planung als ernstzunehmende wirtschaftliche Alternative.

Paradoxerweise jedoch hat die zeitgenössische Wirtschaftstheorie die Kernidee der zentralistischen Planung am Leben erhalten, weil sie auf ein ähnlich falsches Rationalitätskonzept zurückgreift – eines, dessen Unzulänglichkeit bereits Friedrich Hayek gezeigt hatte. Zentrale Planung, so Hayek, ist ihrem Wesen nach unmöglich, da kein mathematisches Modell das Verhalten von Märkten verlässlich abbilden kann.

Doch die Hauptströmung der heutigen Ökonomie hat Hayeks Kritik einzig auf die Planwirtschaft bezogen, während sie selbst die Wirtschaftstheorie auf den Glauben gründete, dass Ökonomen Marktveränderungen exakt vorhersagen können. Die Schaffung und Legitimierung der umstrittensten Finanzinstrumente von heute beruht auf ebendieser falschen Prämisse.

Höchst geachtete amerikanische Geldinstitute kamen mit Produkten auf den Markt, die auf der Annahme beruhen, dass sich die Gründe für Preisschwankungen genau erfassen lassen. Und die Wirtschaftstheorie behandelte die neuen Finanzinstrumente als Innovationen – ähnlich wie zum Beispiel Computer – und legitimierte ihre Verwendung auf den Märkten weltweit. Doch diese Instrumente korrelieren nur schwach mit den Preisen und Risiken der Finanzmärkte, und ihr verbreiteter Einsatz hat, wie wir heute wissen, dafür gesorgt, dass es zu heftigen Marktschwankungen und zum Ausbruch der jüngsten Krise kam.

Schlimmer noch, das falsche Rationalitätskonzept, auf dem die Hauptströmung der Wirtschaftstheorie basiert, stützt auch falsche Schlussfolgerungen darüber, in welchem Maße Marktregulierung notwendig ist. In der Folge haben zeitgenössische Wirtschaftsmodelle zwei Extrempositionen hervorgebracht: zum einen die Verurteilung jeglicher aktiven Rolle des Staates, zum anderen einen radikalen Staatsinterventionismus.

Man könnte meinen, dass die neoklassischen Ökonomen von Michel Foucaults These inspiriert waren, Sprache sei Macht, als sie in einem wahren Staatsstreich einen parawissenschaftlichen Jargon schufen, der ihnen half, Gruppenentscheidungen in eine sehr gefährliche und unproduktive Richtung zu lenken. Die Prämissen, auf denen ihr Modell gründet, waren für alle, die keinen Dokortitel in Wirtschaftswissenschaften hatten, weitgehend undurchschaubar, und die Debatte wurde mit Begriffen durchgesetzt, die für die Nichteingeweihten das eine, für die Ökonomen etwas ganz anderes bedeuten.

Dazu gehört zuvörderst der Begriff der Rationalität, der die Grundlage dieses Diskurses bildet. In der Alltagssprache bedeutet Rationalität *common sense* oder Vernünftigkeit. Für Ökonomen ist ein »rationales Individuum« hingegen nicht einfach nur vernünftig; vielmehr verhält er oder sie sich im Einklang mit einem mathematischen Modell der individuellen Entscheidungsfindung, das nach Übereinkunft der Ökonomen »rational« genannt wird. Das Kernstück dieses Rationalitätsstandards, die sogenannte »Hypothese rationaler Erwartungen«, geht davon aus, dass Ökonomen die wirtschaftlichen Erwartungen rationaler Individuen genau modellieren können. Die Unsinnigkeit dieses Standards ist eine Erklärung dafür, warum es Makroökonomien und Finanztheoretikern so schwer fällt, große Marktausschläge zu erklären.

Tatsächlich haben ihre inkohärenten Prämissen die Ökonomen zu absurden Schlussfolgerungen verleitet – zum Beispiel, dass unbeschränkte Finanzmärkte den Preis von Vermögenswerten nahezu perfekt auf ihren »wahren« Fundamentalwert festlegen. Wenn dem so wäre, sollte der Staat seine Aufsicht des Finanzsystems drastisch beschneiden. Leider ließen sich viele Finanzaufseher weltweit von dieser Behauptung, die als »Effizienzmarkthypothese« bekannt ist, überzeugen, was zu der massiven Deregulierung der späten 1990er und frühen 2000er Jahre führte, welche die Krise wahrscheinlicher, wenn nicht gar unvermeidbar machte.

In den letzten Jahren hat eine andere Denkschule, die Verhaltensökonomik, Berge von Belegen vorgelegt, dass Marktteilnehmer sich nicht so verhalten, wie konventionelle Ökonomen es für »rationale Individuen« voraussagen würden. Doch statt endlich den fragwürdigen Rationalitätsstandard über Bord zu werfen, der solchen Voraussagen zu Grunde liegt, interpretieren sie ihre empirischen Befunde dahingehend, dass viele Marktteilnehmer irrational sind, zu Emotionen neigen oder die grundlegenden

wirtschaftlichen Gegebenheiten aus anderen Gründen ignorieren.

Nach dem Verhaltensansatz erfüllen große Ausschläge beim Preis von Vermögenswerten keine nützliche soziale Funktion. Wenn der Staat sie also irgendwie durch massive Intervention beseitigen oder irrationale Spieler durch strikte regulatorische Maßnahmen ausschalten könnte, würden die »rationalen« Spieler ihre Kontrolle zurückgewinnen und die Märkte zu ihrem normalen Modus zurückkehren, Preise nach dem »wahren« Wert festzulegen.

Das ist freilich unplausibel, weil ein exaktes Modell rationaler Entscheidungsfindung die Fähigkeiten der Ökonomen – und jedes anderen Menschen – übersteigt. Sobald Ökonomen erkennen, dass sie nicht genau erklären können, wie vernünftige Individuen Entscheidungen treffen und wie sich Marktergebnisse über die Zeit entwickeln, werden wir nicht länger mit zwei Extrempositionen über die Rollen von Markt und Staat konfrontiert sein.

Eine alternative Theorie der Märkte ist vonnöten, und ihre Grundlage sollte die Tatsache sein, dass die Marktteilnehmer mit einem stets unvollkommenen Wissen über die fundamentalen Triebkräfte wirtschaftlichen Wandels umgehen müssen. Dieses offenkundige Merkmal des Kapitalismus wird vom herrschenden Marktmodell vollkommen ignoriert, obwohl es die Haupterklärung für Preisschwankungen in Marktwirtschaften ist.

Solch ein alternativer Ansatz führt auch zu einer neuen Auffassung der Rollen von Staat und Finanzmärkten. Solange Preisschwankungen innerhalb vernünftiger Grenzen bleiben, sollte der Staat seine Funktion darauf begrenzen, Transparenz sicherzustellen, monopolistisches Verhalten zu zügeln und Marktversagen zu verhindern. Doch wenn Preisfluktuationen exzessiv werden, wie es im Vorfeld der jüngsten Krise geschehen ist, sollte der Staat Maßnahmen ergreifen, um ihre Schwankungsbreite zu begrenzen (auch wenn es ihm stets schwerer fallen wird als dem Markt, mit unvollkommenem Wissen umzugehen).

Eine an dieser Leitlinie ausgerichtete Kombination von passiver und aktiver Rolle des Staates würde die Kapitalallokation den Märkten überlassen, aber die Möglichkeit bieten, die sozialen Kosten zu vermindern, die entstehen, wenn Preisausschläge zu lange dauern, um dann unweigerlich in abrupte Gegenbewegungen umzuschlagen.

Aus dem Englischen von Andreas Simon dos Santos